

Marokko zwischen politischer und wirtschaftlicher Freiheit

Das marokkanische Volk ist nicht länger kolonisierbar. Die Franzosen müssen das verstehen. Es ist nicht mehr kolonisierbar, weder durch militärischen noch durch wirtschaftlichen Druck!“ *Mahjoub Ben Seddik*, Generalsekretär der jungen marokkanischen Gewerkschaft „Union Marocaine du Travail“ (UMT), der diese Worte leidenschaftlich in die vieltausendköpfige Menge hineinrief, stand dabei im achten Stockwerk der neuen „Bourse du Travail“ hinter einem gewaltigen Fenster mit Blick auf den Welthafen von Casablanca. „Wir werden uns“, fuhr der UMT-Führer fort, „in keiner Form einer neuen Abhängigkeit unterwerfen. Die französische Regierung war unvorsichtig, als sie einen französischen Piloten, der im Dienst der marokkanischen Luftfahrtgesellschaft stand, zwang, ihr seine algerischen Passagiere auszuliefern... Die französische Regierung hat uns gezwungen, den Glauben an eine französisch-marokkanische Zusammenarbeit aufzugeben und den Weg in unsere Zukunft ohne Frankreich zu gehen.“

Wenn man diese Rede Mahjoub Ben Seddiks ohne Kenntnis des wirtschaftlich-politischen Geschehens in Marokko liest, so muß man zu dem Schluß kommen, daß die französische Mitarbeit im souveränen Marokko nur noch eine Frage der Zeit ist, daß man ihr Ende praktisch absehen kann. Man muß ferner schließen, daß der marokkanische Staat leichten Herzens auf eine künftige französische Hilfe verzichten kann, wenn sich politische Fehlgriffe wiederholen sollten. Um die tatsächlichen Verhältnisse, Verknüpfungen und Spannungen im Lande in ihrer Komplexität wenigstens einigermaßen erfassen zu können, bedarf es zunächst eines Rückblicks auf die politischen Ereignisse des Jahres 1956, in dem das Königreich Marokko seine politische Unabhängigkeit erlangte.

I.

Zu Beginn dieses Jahrhunderts wurde Marokko im Zuge der Protektoratsübernahme durch Frankreich und Spanien in fünf Gebiete aufgegliedert, nämlich in 1. die spanische Zone von Nord-Marokko (Spanisch-Marokko), 2. die französische Zone (Französisch-Marokko), 3. die spanische Besetzung Ifni, 4. die spanische Zone von Süd-Marokko und 5. die internationale Zone von Tanger.

Der Sultan, der wenigstens de jure während der ganzen Zeit Herr des Landes blieb, hatte seinen Sitz in Rabat und wurde in Spanisch-Marokko durch den Kalifen mit Sitz in Tetuán und in Tanger durch den Mendoub vertreten. Ifni und Süd-Marokko waren von Spanien verwaltungsmäßig der Kolonie Spanisch-West-Sahara angegliedert. Eine besondere Rolle spielten die USA seit dem zweiten Weltkriege in Marokko. Sie hatten von der französischen Protektoratsverwaltung die Genehmigung zur Errichtung von vier Luftbasen erhalten und genossen auf ihnen das Recht der Exterritorialität. Die marokkanische Freiheitsbewegung strebte mit der Erlangung der politischen Souveränität zugleich eine Wiedervereinigung des zerrissenen Landes in den alten Grenzen an.

Am 28. Mai 1956 wurde im Uhrensaal des französischen Außenministeriums ein Abkommen unterzeichnet, das die künftigen Beziehungen zwischen beiden Ländern festlegte. Unterzeichner waren der französische Außenminister *Pineau* und der marokkanische Außenminister *Hadj Achmed Balafrej*. Das Abkommen gesteht beiden Vertragsstaaten völlige Gleichheit im Recht zu und verpflichtet sie zu einer Außenpolitik, die den Interessen des Partners nicht zuwiderläuft. Frankreich verpflichtete sich, einen Aufnahmeantrag Marokkos in die UNO zu unterstützen, und Marokko verpflichtete sich, alle Verträge, die Frankreich im Namen Marokkos abgeschlossen hat, anzuerkennen. Eine Ausnahme bildeten lediglich die Luftbasenverträge mit den USA. Regelmäßige Besprechungen zwischen beiden Regierungen sollen gemeinsam interessierende Fragen klären. Außerdem verpflichteten sich beide Vertragspartner, Schritte, die sie bei internationalen Organisationen unternehmen wollen, vorher mit dem anderen abzusprechen.

MAROKKANISCHE ZWISCHENBILANZ

Dieser letzten vertraglichen Regelung waren mehrere diplomatische Schritte vorausgegangen, die den Boden zu einer politischen Souveränität vorbereiten und Marokko in die Lage versetzen sollten, völkerrechtliche Verträge einzugehen.

Am 2. März 1956 wurde in Paris in Anwesenheit des Sultans *Mohammed V.* von Ministerpräsident *Si Bekkaï* und Außenminister *Pineau* eine Erklärung unterzeichnet, die den Protektoratsvertrag von Fes aus dem Jahre 1912 aufhob. Marokko war von diesem Tage an, wenigstens was die französische Zone anbetrifft, nicht mehr Protektorat. In der in Paris unterzeichneten Erklärung wurde Marokko die völkerrechtliche Souveränität, Gleichheit und Unabhängigkeit, eine eigene Armee und eigene Diplomatie zugestanden. Der bisherige französische Generalresident wurde „Hoher Kommissar“ und das Land ist nur lose durch einen Vertrag über die „wechselseitige Abhängigkeit“ an Frankreich gebunden.

Einen Monat später wurde von Staatschef *Franco* einerseits und dem Sultan andererseits in Madrid eine Erklärung unterzeichnet, die die Einheit und Unabhängigkeit des *ganzen* Protektorats anerkennt. Marokko wurde die volle Souveränität einschließlich der Außen- und Verteidigungspolitik zuerkannt. Der Personenverkehr zwischen den Zonen soll in keiner Weise mehr behindert werden. Spanien, das dem Lande beim Aufbau von Armee und Diplomatie behilflich sein will, darf seine Truppen während einer Übergangszeit noch in Marokko lassen. Die beiden Länder soll künftig ein Verhältnis „freier Zusammenarbeit“ verbinden.

Damit war das Rumpfgebiet Marokkos zu einer Einheit zusammengeschmolzen, und es mußte nur noch die Zukunft der kleinen Randgebiete geklärt werden. Die von Spanien beanspruchten Territorien Ifni und Süd-Marokko waren schon früher aus dem Protektoratsgebiet ausgeklammert worden und standen deshalb nicht zur Debatte. Die Hafenstädte Ceutá und Melilla an der ehemals spanisch-marokkanischen Mittelmeerküste gehörten ebenfalls nicht zum Protektorat, sondern gelten staatsrechtlich als Teile des spanischen Mutterlandes. Auch diese Gebiete waren in Madrid nicht Gegenstand des zwischen *Franco* und dem Sultan geschlossenen Abkommens. Offensichtlich will man auf hoher Ebene diese rechtlich sehr zwielichtigen Fälle vorab auf sich beruhen lassen, um die ansonsten zügig voranschreitende politische Befreiung Marokkos nicht zu früh doch mehr oder weniger inhaltslosen Belastungsproben auszusetzen.

Anders verhält es sich mit Tanger. Die öffentliche Meinung in Marokko tritt selbstverständlich für eine unverzügliche Eingliederung der Tangerzone in das Gebiet Marokkos ein. Wer aber die wirtschaftliche Bedeutung Tangers als internationale Stadt kennt, wird einer solchen Entwicklung nicht vorbehaltlos zustimmen. Nicht ohne Grund wurde gesagt, daß nach einer bedenkenlosen Rückgliederung Tangers die Stadt binnen Jahresfrist ein unbedeutender Hafen eines unbedeutenden Hinterlandes sein würde. Die rasche Zustimmung Spaniens zu einer solchen Rückgliederung kann wohl nur so verstanden werden, daß das spanische Ceutá mit seinem Freihandelsgebiet die Nachfolge Tangers an der Straße von Gibraltar antreten soll. Das empfindliche Wirtschaftsbarometer in Tanger zeigte denn auch sofort auf „Sturm“, die Grundstückspreise fielen von Tag zu Tag, die großen Banken verlegten ihre Depots, und 40 000 Tonnen Gold sollen nach Zürich und Genf abgewandert sein. Die internationale Rolle der Stadt schien ihrem Ende zuzugehen.

Allal El Fassi, Generalsekretär der extrem-nationalistischen Istiqlal-Partei, forderte auf seiner ersten großen Rede in Tanger, daß diese Stadt nicht am Rande der Wiedervereinigung bleiben solle. Die Rückgliederung müsse jedoch vor sich gehen, „ohne dabei die Rechte der Einwohner, welcher Nationalität sie auch immer sein mögen, zu verkennen“. *El Fassi* weiß als einer der ganz großen marokkanischen Köpfe sehr wohl um die Bedeutung dieser Stadt, und er weiß, daß sie ihre Rolle als Weltstadt, als internationaler Knotenpunkt in Nordwest-Afrika nicht verlieren darf.

Aus diesem Grunde konnte das Ergebnis der Tanger-Konferenz, die unter Vorsitz von Sultan Mohammed V. am 9. Oktober 1956 in Fedala zusammentrat, nicht sonderlich überraschen. Marokko erklärte den versammelten sieben europäischen Ländern und den USA — die vorher auf ihre exterritorialen Rechte in Marokko verzichtet hatten —, daß es bereit sei, den gegenwärtigen Status Tangers als Freihandels- und Freiwährungsgebiet ohne größere Revisionen bestehen zu lassen, um ihn für den wirtschaftlichen Aufbau des Landes auszunutzen. Am 29. Oktober 1956 wurde in Tanger ein Protokoll der Internationalen Konferenz unterzeichnet, in dem alle bisherigen Verträge und Abmachungen über Tanger für ungültig erklärt wurden. Der Sultan allein besitzt künftig das Recht, der Stadt wirtschaftliche und finanzielle Sonderrechte einzuräumen. Das letzte Wort über die Zukunft Tangers ist damit noch nicht gesprochen. Es wird sich zeigen, ob es dem Sultan gelingt, dasselbe Vertrauen des internationalen Kapitals zu erlangen, das die alte, gemischte Stadtverwaltung besaß.

II.

Die innenpolitische Entwicklung Marokkos kann kaum in so wenigen klaren Strichen dargestellt werden. Dafür sind die Machtverhältnisse, dazu ist die geistige Haltung der Bevölkerung zu verworren. Die einheitlich vertretene Meinung, daß Marokko ein freies, unabhängiges Land werden müsse, ist so leer wie die These, das Zeitalter des Kolonialismus gehe zu Ende. Man wiegte sich in der Vorstellung, daß mit der Machtübernahme durch den Sultan schlagartig alle politischen und sozialen Probleme gelöst seien, eine Vorstellung, die im europäischen Denken hinsichtlich der Machtübernahme durch das „Volk“ Parallelen findet.

Mit der Machtübernahme durch Sultan Mohammed V. und der Erlangung der politischen Souveränität stellte sich heraus, daß im Volke sehr unterschiedliche Vorstellungen von Freiheit herrschten. Sehr verschiedenartig waren auch die Auffassungen über den Weg, den Marokko in Zukunft gehen sollte.

Die Istiqlal-Partei unter Generalsekretär *Allal El Fassi* proklamierte noch im August 1956 eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die es ermöglicht, mit der geringsten ausländischen Hilfe auszukommen. Unterdessen hat sie den Wirtschaftsminister stellen müssen, der sich — wie noch zu zeigen sein wird — angesichts der Gegebenheiten zu einem etwas nachgiebigeren Kurs entschließen mußte.

Gegenspieler des Istiqlal ist die *Partie Démocratique de l'Indépendance* (PDI), die unter ihrem Chef *Mohammed El Ouassani* eine Periode des Übergangs wünscht, um eine reibungslosere Abwicklung der Staatsgeschäfte zu gewährleisten.

Die Kommunistische Partei Marokkos ist größtenteils unbedeutend, doch ist man sich in Istiqlal-Kreisen sehr wohl der Gefahr von dieser Seite her bewußt, wenn es nicht gelingen sollte, in absehbarer Zeit dem marokkanischen Volke bessere Lebensbedingungen, sozialen Fortschritt und eine Verbundenheit mit der Regierung zu bringen.

Im ersten Kabinett des Ministerpräsidenten *Si Bekkaï* waren Minister aus dem Lager des Istiqlal wie auch der PDI vertreten, doch konnten grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zu keiner konstruktiven Politik führen. Besonders PDI-Finanzminister *Abdelkader Ben Jelloun* war die Zielscheibe der UMT-Angriffe. Ihm wurde vorgeworfen, er erhalte unverändert das Protektoratsbudget mit seinem milliardenschweren und schwerfälligen Verwaltungsapparat. Die Gewerkschaft vertrat die Auffassung, daß diese Gelder besser zu Investitionen im Lande verwandt worden wären. Auch Allal El Fassi griff mit diesen Argumenten das Kabinett und Si Bekkaï an: Dort habe man „die Schuhe des Protektorats noch an den Füßen“. Mitte August 1956 erklärte Jelloun vor der Presse, er sehe sich außerstande, ohne französische Hilfe die erforderlichen Kredite zu erhalten. Als es zur selben Zeit auch noch zu Auseinandersetzungen zwischen einigen Caids, Gouverneuren und dem Istiqlal wegen der Frage der feudalistischen Bodenverfassung kam, trieb das junge marokkanische Staatsschiff mit vollen Segeln einer ernststen Krise zu.

Im letzten Augenblick, Anfang Oktober, bildete Si Bekkaï ein neues Kabinett, das nur aus Istiqlal-Ministern bestand. Nun würde sich zeigen, ob die Angriffe, die diese Partei gegen das alte Kabinett erhoben hatte, berechtigt gewesen waren. Sehr schnell konnte man feststellen, daß gegenüber den leeren Ergebnisphrasen, die die bisherigen Gouverneurs- und Ministerratssitzungen — soweit veröffentlicht — auszeichneten, nun deutliche Worte gesprochen wurden.

Hatte früher schon Si Bekkaï gesagt: „Unabhängigkeit ist nicht alles; wir müssen jetzt die ökonomischen und sozialen Probleme lösen. Seid wachsam gegen Unruhestifter! Wir werden keine Anarchie dulden!“, so legte der neue Wirtschafts- und Finanzminister *Abderrahim Bouabid* die Karten offen und mit Nachdruck auf den Tisch. Ohne Konzessionen und ohne Illusionen, auch auf die Gefahr hin, von seinen Landsleuten angefeindet zu werden, schilderte er die Wirtschaftslage seines Landes. Wenn man das, was er sagte, mit dem, was aus zuverlässigen Quellen zu erfahren ist, in Zusammenhang bringt, ergibt sich etwa folgendes Bild.

a) *Allgemeine Wirtschaftslage*: Im ganzen gesehen wird die Wirtschaftslage durch eine Verlangsamung der ökonomischen Aktivität gekennzeichnet. Zahlreiche Unternehmen mußten schließen oder stehen kurz vor dem Zusammenbruch. Arbeitslosigkeit breitet sich aus. Die Bankbestände haben sich von über 130 Md. Francs am 30. September 1955 auf etwa 84 Md. Francs am 31. Oktober 1956 gesenkt. Die Auslandsguthaben, die sich zu Jahresbeginn auf rund 46 Md. Francs beziffert haben, betragen am 1. Oktober 1956 nur noch 7 Md. Francs.

b) *Industrie und Bergbau*: Das industrielle Potential Marokkos ist nicht in dem Maße ausgenutzt, daß ein Beschäftigungsvolumen sichergestellt ist, das mit den Vorjahren vergleichbar wäre. Mit Ausnahme der Phosphatgruben liegt das Montankapital zur großen Mehrheit in ausländischen Händen und hat eine unmißverständliche Tendenz zur Abwanderung. Die technischen Einrichtungen werden fast ausschließlich von europäischen Ingenieurkadern in Bewegung gehalten. Diese vermindern sich wegen der körperlichen und materiellen Unsicherheit zusehends. Die meisten Geologen sind schon nach Europa zurückgekehrt.

c) *Land- und Forstwirtschaft*: Die Abwanderung vom Land in die Industriezentren, die schon in den letzten Jahren der Protektoratsverwaltung unlösbare Aufgaben stellte, geht weiter. Die Entvölkerung des Landes und die Zunahme der städtischen Arbeitslosigkeit gehen Hand in Hand. Aus den schon erwähnten Gründen kehren zahlreiche Agrarexperten nach Europa zurück. 80 vH der Agrartechniker sind bereits abgereist und 56 von 350 Kadern der „Secteurs de Modernisation du Paysanat“ haben ihre Rückführung beantragt¹⁾. Die mühsamen Aufforstungen der letzten 20 Jahre in den Gebieten des Mittleren Atlas, der Region von Kasbah Tadla und des südlichen Anti-Atlas sind bedroht, weil fast alle Forsthäuser verlassen sind und die Pisten verfallen. Fast das ganze Korps der Bewässerungs- und Aufforstungsorganisation hat das Land verlassen.

d) *Öffentliche Dienste und Energie*: „Es muß daran erinnert werden, daß die großen öffentlichen Einrichtungen, wie das Transportwesen, die Energieversorgung usw., nur durch die französischen Leitungen in Gang gehalten werden. Die wichtigsten Sektoren der marokkanischen Wirtschaft sind nach 45 Jahren Protektorat unter der Unabhängigkeit dasselbe geblieben, was sie unter dem Kolonialismus waren: Die marokkanische Wirtschaft ermangelt gänzlich einer tatsächlichen Kontrolle oder Führung durch die Marokkaner.“ Mit diesen Worten umriß Minister Bouabid das ganze Problem.

Daß dies alles in gleicher Weise für die Verwaltung, das Schulwesen, den Gesundheitsdienst gilt, weil es wohl marokkanische Minister, Direktoren und Bürgermeister, aber keine Marokkaner gibt, die in den Bergen oder den Einöden des Südens Kinder unterrichten, Kranke heilen, Straßen und Telefonleitungen bauen können oder wollen, braucht nur angedeutet zu werden.

1) Vgl. Wolf Donner: „Der genossenschaftliche Wirtschaftssektor in Französisch-Marokko“, in „Archiv für öffentliche und freigeheimwirtschaftliche Unternehmen“, Band 2, Heft 4, S. 340 ff.

III.

Wem die Zukunft dieses Landes und Volkes, wem seine Freiheit *und* sein Wohlergehen gleichermaßen am Herzen liegen, fragt, was Istiqlal und was UMT tun werden, um aus diesem Dilemma herauszukommen. Wirtschaftsminister Abderrahim Bouabid gehört nicht zu den Männern, die es bei der Aufzählung der Mängel bewenden lassen. Das Interessante dabei ist, daß er zum sog. „linken Flügel“ seiner Partei gehört und heute gezwungen ist, Maßnahmen zu ergreifen, die anders sind, als das, was sich viele seiner Landsleute, unter Unabhängigkeit oder gar unter einer „linken“ Politik vorgestellt haben.

Zu den entscheidenden Punkten seines Programms, die er für unerläßlich hält, können folgende gerechnet werden: 1. Es muß eine Politik der Genügsamkeit (austerite) verfolgt werden, der Staatshaushalt muß eingeschränkt werden (tatsächlich ist das Budget von 1957 auch bereits bescheidener als das vorjährige). 2. Das Personalbudget muß abgebaut werden. Neue Planstellen sind nur im Erziehungs- und Gesundheitswesen vorgesehen. Vakante Stellen werden nur im Bedarfsfalle neu besetzt. Minister- und Direktorengelöhner wurden auf 50 vH herabgesetzt, ein allgemeiner, progressiver Besoldungsabbau folgt. 3. Die Wirtschaft muß aktiviert werden. Dazu ist erforderlich, dem in Marokko investierten Kapital Garantien zu geben. Es wird eine allgemeine, nationale Wirtschaft ohne „supernationalistische Demagogie“ gewünscht, eine tatsächliche Solidarität aller Produzenten, die im Lande arbeiten und leben. Es darf keine Diskriminierung zwischen marokkanischer und französischer Industrie geben. 4. Unruhen müssen um jeden Preis vermieden werden. Techniker und andere Spezialisten dürfen nicht aus Gründen der Unsicherheit das Land verlassen wollen. 5. Bouabid unterstrich wiederholt seinen Willen zu einer technischen Zusammenarbeit mit den Franzosen.

Wenn Bouabid Sicherheiten für französisches Kapital und französische Fachleute fordert, so hat er damit das Wesentliche erfaßt. Er weiß aber auch genau, daß diese Forderungen unpopulär sind. Um so bemerkenswerter ist die positive Haltung der marokkanischen Gewerkschaft. Wenn auch nicht vorbehaltlos, so stellt sie sich doch hinter die Politik des Istiqlal-Kabinetts und damit hinter den Sultan.

IV.

Die marokkanische Gewerkschaftszentrale UMT hat seit der Unabhängigkeitserklärung national und international an Bedeutung gewonnen²⁾. Nach den Worten des Sultans wurden ihr die vollen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte zuerkannt, die einer nationalen Gewerkschaftsorganisation gebühren. Die Mitgliederzahl der UMT stieg von 25 000 im Mai 1955 auf rund 500 000 bis zum 1. Jahrestag im März 1956. In Casablanca allein stießen 150 000 neue Mitglieder zum Verband, und in Tanger werden sich die organisierten Arbeiter, die allein im I. Quartal 1956 mehr als 10 000 Neuzugänge zu verzeichnen hatten, bald der UMT anschließen. Auf internationaler Ebene ist die UMT mit ihren Schwesterorganisationen von Algerien, Tunesien und Libyen dem IBFG direkt angeschlossen. Marokko wurde Mitte 1956 auch in die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) aufgenommen.

In ihrem eigentlichen Arbeitsbereich steht die UMT natürlicherweise anderen Fragen gegenüber als der Wirtschaftsminister, zumindest muß sie die Probleme oft mit anderen Augen sehen. Die Aufbesserung der Löhne der marokkanischen Arbeiter war eine der notwendigsten Forderungen der Gewerkschaft. Die Lebenshaltungskosten haben sich seit 1952 verdoppelt, aber die Löhne sind über einen Index von 153 (1952 = 100) nicht hinausgekommen.

Den Gewerkschaften gegenüber stehen in Marokko zwei Arbeitgeberorganisationen, die „Confédération Général du Patronat Marocain“, die den sozialen Forderungen gegenüber aufgeschlossen ist, und das unnachgiebige „Comité Central des Industriels“.

2) Vgl. Wolf Donner: „Legale Gewerkschaften in Französisch-Marokko“, „Gewerkschaftliche Monatshefte“, Januar 1956.

MAROKKANISCHE ZWISCHENBILANZ

Die Aktivität der UMT nun auch in ländlichen Gebieten beunruhigt die PDI, die Gegenstimme zu machen sucht, indem sie die Gewerkschaft als „istiqlal-kontrolliert“ bezeichnet. Man erkennt, daß die kleinen und großen Reibereien, die wir nur allzugut kennen, auch bereits in Marokko an der Tagesordnung sind.

Natürlich hat auch die UMT ihre Stellung zur Wirtschaftspolitik bezogen. *Taïeb Bouazza*, Zweiter Sekretär der Gewerkschaft, hat schon im August 1956 ein Programm verkündet, dessen Punkte scharf und eindeutig sind: 1. Lohnaufbesserungen, 2. Agrarreform, 3. Enteignung des Feudalbesitzes, und 4. Aufhaltung der Landflucht durch agrarpolitische Maßnahmen³⁾. Das alles dürfte keine leichte Aufgabe für das Istiqlal-Kabinett sein.

Taïab Bouazza hat aber ebenfalls Vorbehalte im Namen der UMT angemeldet bezüglich der technischen Hilfe aus Frankreich. Bei Anerkennung aller Interessen, die ausländische Kapitalgeber an Marokko zeigen, will er gewährleistet wissen, daß nicht eines Tages fremde Staaten den Kurs der marokkanischen Wirtschaft bestimmen. „Wir werden die Politik machen, die die Parteien der Linken in Europa nach der Befreiung gemacht haben, wo alles durch den Imperativ des nationalen Aufbaus überschattet war. Wir sind bereit, auch den Arbeitern Opfer zuzumuten, wenn sich die Regierung der gleichen Disziplin unterwirft. Zur Zeit stehen wir auf der Seite der Regierung, und wir vertrauen ihr, daß sie einen Plan zur tatsächlichen wirtschaftlichen Befreiung des Landes macht. Aber wir sind sehr wachsam!“⁴⁾.

3) Von Seiten der Arbeitgeber wurde hierzu ferner eine Verlagerung von Industrieeinheiten in ländlichere Gegenden vorgeschlagen, um die Zusammenballung von Elend in den Großstädten zu vermindern.

4) „France Observateur“ vom 12. November 1956.